



Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
Swiss Federal Institute of Technology Zurich

Der Präsident

ETH Zürich, HG F 59
Rämistrasse 101
CH-8092 Zürich

Prof. Dr. Lino Guzzella

Tel.: +41 44 632 20 17

Fax: +41 44 632 10 01

Lino.guzzella@sl.ethz.ch

www.president.ethz.ch

Frau
Bundesrätin Simonetta Sommaruga
Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)

elektronischer Versand via: Revision_URG@ipi.ch

Zürich, 9. März 2016

Stellungnahme der ETH Zürich zum Revisionsentwurf des Bundesgesetzes über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte

Sehr geehrte Frau Bundesrätin,

Gerne übersende ich Ihnen die Stellungnahme der ETH Zürich zum Revisionsentwurf des Bundesgesetzes über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte.

Mit freundlichen Grüssen



Lino Guzzella

Beilage: Stellungnahme der ETH Zürich zum Revisionsentwurf des Bundesgesetzes über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte



Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
Swiss Federal Institute of Technology Zurich

**ETH-Bibliothek
Direktion**

ETH Zürich
Dr. Rafael Ball
Direktor
Rämistrasse 101
8092 Zürich

Telefon +41 44 632 25 49
rafael.ball@library.ethz.ch
www.library.ethz.ch

Vorlage zur Änderung des URG

Stellungnahme der ETH Zürich

Datum 08.03.2016

Version 1.1

Referenzierte Dokumente

Nr.	Titel	Autor/in	Datum
1	Bundesgesetz über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte, (Urheberrechtsgesetz, URG), [Entwurf vom 11.12.2015]	IGE/EJPD	11.12.2015
2	Erläuternder Bericht zu zwei Abkommen der Weltorganisation für geistiges Eigentum und zu Änderungen des Urheberrechtsgesetzes	IGE/EJPD	11.12.2015

Inhaltsverzeichnis

1. Vorbemerkung.....	1
2. ETH Zürich und ETH-Bibliothek	1
2.1. ETH Zürich.....	1
2.2. ETH-Bibliothek	2
3. Allgemeine Bewertung.....	3
4. Detaillierte Bewertung des Entwurfs	3
Art. 5 Abs. 1 lit. C Kein Urheberrechtsschutz für amtliche Dokumente	3
Art. 13 Vermieten und Verleihen von Werkexemplaren	3
Art. 19 Abs. 3bis URG Vervielfältigungen, die beim Abrufen von erlaubterweise zugänglich gemachten Werken hergestellt werden	4
Art. 22b Umgang mit verwaisten Werken	5
Art. 24 Abs. 1bis Archivierungs- und Sicherungsexemplare	6
Art. 24d URG Verwendung zu wissenschaftlichen Zwecken.....	6
Art. 24e Bestandesverzeichnisse	7
Art. 37a Rechte des Herstellers oder der Herstellerin von Pressefotos	8
Art. 43a Freiwillige Kollektivverwertung	8
5. Bundesgesetz vom 26. Juni 1998 über die Archivierung, Art. 9 Abs. 3.....	9
5. Zweitveröffentlichungsrecht	10

1. Vorbemerkung

Die vorliegende Stellungnahme reagiert auf den am 11.12.2015 veröffentlichten Entwurf des Bundesgesetzes über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz, URG). Absenderin ist die ETH Zürich. Mit der URG-Revision sind innerhalb der ETH Zürich vor allem Aufgabenfelder der ETH-Bibliothek berührt.

Die Stellungnahme geht ausschliesslich auf diejenigen Bestandteile des Entwurfs des URG ein, die für die ETH Zürich und die ETH-Bibliothek von Relevanz sind bzw. zu denen sich die ETH Zürich und die ETH-Bibliothek fundiert äussern können.

2. ETH Zürich und ETH-Bibliothek

2.1. ETH Zürich

Die ETH Zürich ist eine der weltweit führenden technisch-naturwissenschaftlichen Hochschulen. Sie ist bekannt für ihre Internationalität, ihre exzellente Lehre, eine wegweisende Grundlagenforschung und den direkten Transfer von neuen Erkenntnissen in die Praxis. Forschenden bietet die ETH Zürich ein inspirierendes Umfeld und ihren Studierenden eine umfassende Ausbildung.

1855 gegründet, zählt die ETH Zürich heute rund 19200 Studierende aus über 110 Ländern, davon gegen 4000 Doktorierende. Rund 500 Professorinnen und Professoren unterrichten und forschen zurzeit auf den Gebieten der Ingenieurwissenschaften, Architektur, Mathematik, Naturwissenschaften, systemorientierten Wissenschaften sowie der Management- und Sozialwissenschaften. Die ETH Zürich wird in internationalen Rankings regelmässig als eine der weltweit besten Universitäten bewertet. 21 Nobelpreisträger, die an der ETH Zürich studiert, gelehrt oder geforscht haben, unterstreichen den hervorragenden Ruf der Hochschule.

Ihr Wissen in die Wirtschaft und die Gesellschaft zu transferieren, ist eines der Hauptanliegen der ETH Zürich. Sie tut dies mit Erfolg, wie die jährlich 80 neuen Patentanmeldungen sowie die rund 300 Spin-off-Firmen belegen, die zwischen 1996 und 2014 aus der Hochschule hervorgegangen sind. Die ETH Zürich trägt zur nachhaltigen Lösung globaler Herausforderungen bei. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören Energieversorgung, Umgang mit Risiken, Entwicklung von Zukunftsstädten, Welternährung und Gesundheit des Menschen.

2.2. ETH-Bibliothek

Die ETH-Bibliothek, gegründet 1855, ist die grösste öffentliche naturwissenschaftliche und technische Bibliothek der Schweiz und beeinflusst massgeblich die technischen Entwicklungen innerhalb des schweizerischen Bibliothekswesens.

Funktion

- Zentrale Hochschulbibliothek für die ETH Zürich
- Schweizerisches Zentrum für technische und naturwissenschaftliche Informationen
- Informationsversorgung für Mitarbeitende und Studierende der ETH Zürich, für die naturwissenschaftlich-technisch interessierte Öffentlichkeit und für Firmen aus Forschung und Entwicklung

Aufgaben

- Beschaffen, Erschliessen und Sammeln wissenschaftlicher Literatur
- Bereitstellen gedruckter und elektronischer Informationsangebote für Angehörige der ETH Zürich sowie ETH-externe Kundinnen und Kunden
- Vermitteln von Zugang zu Informationen und Medien anderer Dienstleister, z.B. von Verlagen
- Archivierung und Sicherung von gedruckten und elektronischen Dokumenten sowie Forschungsdaten
- Betrieb der Fachstellen für elektronisches Publizieren, Open Access und Forschungsdatenmanagement
- Entwickeln und Realisieren innovativer Dienstleistungsangebote für Forschung und Lehre
- Aktive Beteiligung an der Entwicklung von Informationsinfrastrukturen für die Wissenschaft, u.a. durch nationale und internationale Kooperationsprojekte
- Betrieb des Hochschularchivs der ETH Zürich und des Archivs des ETH-Rats
- Pflege und Weiterentwicklung der kulturhistorisch wichtigen Archive und Sammlungen an der ETH Zürich

3. Allgemeine Bewertung

Die ETH Zürich begrüsst die Modernisierung des Urheberrechtsgesetzes grundsätzlich. Aus Sicht der ETH Zürich gilt es, bei der Revision des Urheberrechtsgesetzes optimale Rahmenbedingungen für Forschung, Lehre und Wissenstransfer zu schaffen. Nur mit diesen Rahmenbedingungen wird der Wissenschaftsstandort Schweiz gestärkt. Gleichzeitig sollte – wo immer möglich und sinnvoll – eine Harmonisierung auf europäischer Ebene angestrebt werden. Nur eine solche Harmonisierung schafft bestmögliche Rahmenbedingungen für internationale Projekte und Kooperationen, die eine Voraussetzung für exzellente Wissenschaft darstellen. Für eine optimale Unterstützung von Forschung und Lehre sind Anpassungen der gesetzlichen Bestimmungen an die neuesten technologischen Entwicklungen erforderlich.

4. Detaillierte Bewertung des Entwurfs

Art. 5 Abs. 1 lit. C Kein Urheberrechtsschutz für amtliche Dokumente

Die ETH Zürich begrüsst die in Art. 5 vorgenommene Klarstellung.

Art. 13 Vermieten und Verleihen von Werkexemplaren

Die ETH Zürich lehnt die Einführung eines zusätzlichen Verleihrechts unter Art. 13 URG ab.

Die ETH Zürich lehnt eine zusätzliche Vergütung auf das Verleihen von Werkexemplaren grundsätzlich und entschieden ab. Bereits in Vergangenheit haben die Autoren- und Autorinnenverbände eine solche Bibliothekstantieme gefordert, welche aber mehrfach vom Parlament abgelehnt wurde. Die vorgesehene Bibliothekstantieme bringt einen grossen finanziellen und administrativen Mehraufwand für die Bibliotheken und andere Institutionen, wie beispielsweise Archive und Bildungseinrichtungen, mit sich. Erschwerend kommt hinzu, dass noch vollkommen unklar ist, wie gross die finanzielle Mehrbelastung sein wird. Die Bibliotheken befürchten allerdings schmerzhaft Vergütungsansprüche der Verwertungsgesellschaften. Eine zusätzliche Belastung der Bibliotheksbudgets würde den Bibliotheken die Erfüllung ihres gesellschaftlichen Auftrags erschweren, wenn nicht sogar existenziell bedrohen, der Allgemeinheit kostengünstigen und möglichst umfassenden Zugang zu Information, Wissen und Kultur zu verschaffen. Ziel des vorliegenden Vorschlags ist eigentlich die Literaturförderung, dazu ist jedoch das Urheberrechtsgesetz nicht vorgesehen. Zudem wird der grösste Teil der Einnahmen aus der Bibliothekstantieme ins Ausland abfliessen, da der überwiegende Teil der Werke in den Bibliotheken von ausländischen Autoren und Autorinnen stammt.

Sollte der Art. 13 URG entgegen unserer Empfehlung dennoch ins revidierte URG aufgenommen werden, sind bezüglich der redaktionellen Ausgestaltung des Entwurfs von Art. 13 folgende Anmerkungen zu machen:

- Art. 13 URG geht weit über das Ziel hinaus und erfasst alle Werkarten, also nicht nur Bücher, sondern beispielsweise auch Werke der bildenden Kunst in Museen. Damit wäre auch der Leihverkehr von Museen und ähnlichen Institutionen betroffen. Wenn es wirklich um die Einführung einer Bibliothekstantieme ginge, müsste die Bestimmung auch auf Bibliotheken beschränkt sein.
- Die Nutzungshandlungen sind im Entwurf viel zu umfassend umschrieben. Die Fortführung des bisherigen Begriffs „sonst wie gegen Entgelt zur Verfügung stellen“ bei gleichzeitiger Streichung des Elements „gegen Entgelt“ führt zum absurden Ergebnis, dass jeder Umgang mit einem Werkexemplar (das Auflegen an Büchertischen, das Ausstellen in der Buchhandlung, die Bereitstellung in Präsenzbibliotheken usw.) zu einer Vergütungspflicht führen würde.

Art. 19 Abs. 3bis URG Vervielfältigungen, die beim Abrufen von erlaubterweise zugänglich gemachten Werken hergestellt werden

Die ETH Zürich lehnt die in Art. 19 Abs. 3bis URG vorgeschlagene Neuformulierung ab. Der Vorschlag vermengt in unzulässiger Weise gesetzliche und vertragliche Lizenzen und höhlt damit die Eigengebrauchsregelung des Art. 19 URG aus.

Art. 19 Abs. 3bis URG wurde bei der letzten URG-Revision 2007 eingeführt, gemäss bundesrätlicher Botschaft, um einerseits den Abruf aus dem Internet auch juristischen Personen zu erlauben, und um andererseits Leerträger, die im Rahmen des elektronischen Geschäftsverkehrs verwendet werden, von den Leerträgerentschädigungen auszunehmen. Während das erste Ziel erreicht wurde, verfehlte die vom Parlament verabschiedete Bestimmung das zweite deutlich. Nach der geltenden Formulierung ist einfach jeder Download – auch der unbezahlte – vergütungsfrei, während beim Download aus unerlaubter Quelle eine Vergütung anfällt. Mit einer auf den elektronischen Geschäftsverkehr bezogenen Regelung hat dies offensichtlich nichts zu tun. Es kommt hinzu, dass der deutsche und der französische Gesetzestext erheblich voneinander abweichen, was zusätzliche Unsicherheit bewirkt.

Aus Sicht der ETH muss klar sein, dass der Download aus dem Internet uneingeschränkt zulässig ist und auch nicht durch vertragliche Lizenzen beschränkt werden darf. Dies ist nur gesichert, wenn – wie dies gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung heute der Fall ist – gesetzliche Lizenzen vertraglichen Vereinbarungen in jedem Falle vorgehen. Es darf daher kein Nebeneinander von gesetzlicher und vertraglicher Lizenz für die genau gleiche Nutzung geben. Ausserdem ist wichtig, dass die Einschränkungen von Art. 19 Abs. 3 URG auf diesen Download keine Anwendung finden (also auch die vollständige Vervielfältigung im Handel erhältlicher Werkexemplare sowie der Download von Werken der bildenden Kunst und von Musiknoten zulässig ist). Die hierfür 2007 geschaffene gesetzliche Lizenz ist uneingeschränkt beizubehalten, und sie darf nicht durch vertragliche Lizenzen überlagert werden.

Zusätzlich soll geregelt werden, dass für Vervielfältigungen, die bei solchen Downloads entstehen, der Vergütungsanspruch der gesetzlichen Lizenz entfällt. Dabei darf es keinen Unterschied machen, ob der Download aus erlaubter oder unerlaubter Quelle erfolgt, da die Nutzerinnen und Nutzer dies in sehr vielen Fällen gar nicht beurteilen können.

Die ETH Zürich empfiehlt daher, Art. 19 Abs. 3bis URG wie folgt zu formulieren:

„Vervielfältigungen, die beim Abrufen von zugänglich gemachten Werken hergestellt werden, sind von den im vorstehenden Absatz enthaltenen Einschränkungen ausgenommen. Für solche Vervielfältigungen entsteht kein Vergütungsanspruch im Sinne von Art. 20 URG.“

Art. 22b Umgang mit verwaisten Werken

Die ETH Zürich begrüsst, dass die Bestimmung über den Umgang mit verwaisten Werken revidiert wird. Allerdings ist die Neuformulierung wenig geglückt.

Die bisher geltende Regelung über verwaiste Werke hatte den erheblichen Mangel, dass sie sich nur auf Ton- und Tonbildträger bezog. Ebenso grosse Probleme mit verwaisten Werken bestehen aber im Bereich der Literatur und der Fotografie. Deshalb sollte die geltende Bestimmung in Bezug auf den Anwendungsbereich ausgeweitet werden. Sinnvoll ist es auch, die Regelung auf integrierte Werke und Werkteile auszudehnen.

In der heute geltenden Bestimmung wird nur die Geltendmachung von Rechten an solchen Werkexemplaren geregelt. Inwiefern die Nutzung selbst erlaubt ist oder nicht, wird dabei offen gelassen. Der Gesetzesentwurf sieht stattdessen vor, dass die Verwendung solcher Werke schlicht verboten wird und nur unter den erwähnten Voraussetzungen erlaubt wird. Das widerspricht zivilrechtlichen Grundsätzen und steht in Widerspruch zu vielen andern Schrankenregelungen des Gesetzes. Es ist auch praktisch nicht handhabbar, da der auf diesem Wege bewirkte bürokratische Aufwand sowohl die Nutzerinnen und Nutzer als auch die Verwertungsgesellschaften überfordern würde. Die im Entwurf vorgeschlagene Pflicht zur vorgängigen Einholung einer Bewilligung muss daher unbedingt wieder gestrichen werden.

Die ETH Zürich begrüsst hingegen den Vorschlag, die Verwendung verwaister Werke in Bibliotheksbeständen über erweiterte Kollektivlizenzen zu regeln. Erfahrungen in den skandinavischen Ländern zeigen, dass auf diesem Weg sehr praxisnahe Lösungen erzielt werden können.

Die ETH Zürich empfiehlt daher, Art. 22b URG wie folgt zu formulieren:

„Die Rechte zur Verwendung von Werken, deren Rechtsinhaber oder Rechtsinhaberinnen unbekannt oder unauffindbar sind, können nur über zugelassene Verwertungsgesellschaften geltend gemacht werden, wenn

- a. die Verwendung aufgrund eines Werkexemplars erfolgt, das sich in Beständen öffentlicher oder öffentlich zugänglicher Bibliotheken, Bildungseinrichtungen, Museen, Sammlungen und Archiven oder in Archivbeständen von Sendeunternehmen befindet, und
- b. dieses Werkexemplar in der Schweiz hergestellt, vervielfältigt oder zugänglich gemacht wurde.

²Sind in ein Exemplar eines verwaisten Werks andere Werke oder Werkteile integriert, so gilt Absatz 1 auch für die Geltendmachung der Rechte an diesen Werken oder Werkteilen.

³Für die Verwendung einer grossen Anzahl von Werken aus Beständen nach Absatz 1 Buchstabe a findet Artikel 43a Anwendung.“

Art. 24 Abs. 1bis Archivierungs- und Sicherungsexemplare

Die ETH Zürich begrüsst die Ausweitung des Art. 24 Abs. 1bis URG auf Sammlungen. Sie schlägt gleichzeitig vor, den Nebensatz „sofern mit diesen Vervielfältigungen kein wirtschaftlicher oder kommerzieller Zweck verfolgt wird“ zu streichen.

Der bei der Revision von 2007 eingefügte Zusatz „sofern mit diesen Vervielfältigungen kein wirtschaftlicher oder kommerzieller Zweck verfolgt wird“, schafft Unklarheit. Die Sicherung und Erhaltung von Bibliotheks- oder Archivbeständen hat oft auch einen wirtschaftlichen Zweck, da es ja um die Vermeidung von Kosten (z.B. zur Vereinfachung von Arbeitsvorgängen, für die Neubeschaffung beschädigter Werkexemplare) geht. Daher ist oft zweifelhaft, ob sich eine Gedächtnisinstitution im Streitfall auf Art. 24 Abs. 1bis URG berufen könnte. Wesentlich sollte aber nur sein, dass es um die Sicherung und Erhaltung der Bestände geht. Ist diese Voraussetzung erfüllt, muss die Vervielfältigung erlaubt sein. Der Nebensatz, der übrigens mit den Ausdrücken „wirtschaftlich oder kommerziell“ einen Pleonasmus enthält, ist daher ersatzlos zu streichen.

Art. 24d URG Verwendung zu wissenschaftlichen Zwecken

Die ETH Zürich begrüsst diese neue Wissenschaftsschranke. Sie schlägt aber vor, den Anwendungsbereich umfassend zu formulieren.

Der Bundesrat geht zu Recht davon aus, dass es spezifische Regelungen für die Wissenschaft braucht. Es ist oft schon aus praktischen Gründen nicht möglich, die für solche Nutzungen erforderlichen Bewilligungen auf einzelvertraglichem Weg zu erwerben. Eine Erleichterung des Rechteerwerbs durch die Unterstellung dieser Nutzungsart unter die Kollektivverwertung macht daher Sinn und liegt im Interesse des Forschungsplatzes Schweiz.

Wir haben allerdings den Eindruck, dass die Formulierung der Norm zu stark auf Fälle des im erläuternden Bericht erwähnten „Text and Data Mining“ ausgerichtet ist. Dies ist zwar die derzeit aktuellste Form von Werkverwendungen im Bereich der wissenschaftlichen Forschung, welche

durch die heute bestehenden Gesetzesregelungen unnötig behindert wird. Allerdings können sich solche Forschungsmethoden rasch ändern und durch weitere und effizientere Formen von Massennutzungen von Werken und Leistungen zu wissenschaftlichen Zwecken ergänzt werden. Wir schlagen daher vor, die Bestimmungen von Anfang an weit und damit flexibel zu gestalten, indem die gesetzliche Lizenz auf sämtliche Werkverwendungen zu wissenschaftlichen Zwecken ausgedehnt wird.

Die ETH Zürich empfiehlt daher, Art. 24d URG wie folgt zu formulieren:

„Die Verwendung von Werken zum Zwecke der wissenschaftlichen Forschung ist zulässig, wenn sie durch die Anwendung eines technischen Verfahrens bedingt ist.

„Für die Verwendung eines Werks zum Zwecke der wissenschaftlichen Forschung hat der Urheber oder die Urheberin Anspruch auf Vergütung.

„Der Vergütungsanspruch kann nur von einer zugelassenen Verwertungsgesellschaft geltend gemacht werden.

„Dieser Artikel gilt nicht für die Verwendung von Computerprogrammen.“

Art. 24e Bestandesverzeichnisse

Die ETH Zürich begrüsst die Anpassung ausdrücklich, plädiert aber für eine offenere Regelung.

Die neue Regelung für Bestandesverzeichnisse entspricht einer langjährigen Forderung aus den Kreisen der Gedächtnisinstitutionen und ist sehr zu begrüßen. Das digitale Katalogrecht ist für die generelle Wiedergabe von Werken unbedingt erforderlich. Allerdings ist die Beschränkung auf ein „kleinformatiges Bild mit geringer Auflösung“ problematisch. In vielen Fällen ist eine hohe Auflösung erforderlich, damit digitale Kataloge (z.B. im Bild- oder Fotografiebereich) adäquat erstellt und durch die Wissenschaft genutzt werden können. Auch ist unklar, welche Nutzungshandlungen vom Begriff „wiedergeben“ umfasst sein sollen.

Darüber hinaus ist die Formulierung sehr technisch ausgefallen und droht daher bei jeder technischen Veränderung zu veralten. So ist es beispielsweise durchaus fraglich, ob die 2. Seite eines e-books wirklich als „Frontispiz“ bezeichnet werden kann. Auch Begriffe wie „geringe Auflösung“ sind von der verwendeten Technik abhängig und daher sehr vergänglich. Die Schutzausnahme sollte offener und technikneutral formuliert sein.

Die ETH Zürich empfiehlt daher, Art. 24e URG wie folgt zu formulieren:

„Öffentliche sowie öffentlich zugängliche Bibliotheken, Bildungseinrichtungen, Museen, Sammlungen und Archive dürfen in den zur Erschliessung und Vermittlung ihrer Bestände nützlichen Verzeichnissen Abbildungen der in ihren Beständen vorhandenen Werkexemplare oder kurze Auszüge daraus, insbesondere auch Covers, Zusammenfassungen des Inhalts, Inhaltsverzeichnisse oder vom Rechtsinhaber oder der

Rechtsinhaberin öffentlich zugänglich gemachte Ausschnitte, vervielfältigen oder zugänglich machen, sofern dadurch die normale Auswertung der Werke nicht beeinträchtigt wird.

Art. 37a Rechte des Herstellers oder der Herstellerin von Pressefotografien

Die ETH Zürich lehnt diesen Vorschlag ab und beantragt die Streichung.

Der Vorschlag will offenbar Pressefotografien schützen, die keinen individuellen Charakter aufweisen, also keine urheberrechtlich schützbaren Werke sind und auch sonst keinen Bezug zu solchen Werken haben. Ein solcher Schutz, sofern er denn überhaupt gewährt werden soll, gehört sicherlich nicht in ein Urheberrechtsgesetz, ebenso wenig wie ein Schutz von Texten, Bildern oder Musikstücken, die keine Werke sind.

Die Bestimmung ist auch in der Praxis nicht anwendbar. Wie soll ein Nutzer, eine Nutzerin wissen, ob eine Fotografie „für die aktuelle Berichterstattung (noch) von Interesse ist“? Wie soll eine Bibliothek, ein Medienarchiv mit solchen Fotografien in ihren Beständen und mit dieser völlig unbestimmten Schutzdauer umgehen? Wir empfehlen dringend, diesen Vorschlag nicht weiterzuverfolgen.

Art. 43a Freiwillige Kollektivverwertung

Die ETH Zürich begrüsst die neue Möglichkeit der freiwilligen Kollektivverwertung.

Grundsätzlich begrüsst die ETH Zürich die neue Möglichkeit als Nutzerin mit den Verwertungsgesellschaften Verträge über die Nutzung von umfangreichen Beständen abschliessen zu können, deren Verwertung nicht zwingend durch die Verwertungsgesellschaft erfolgen muss. Dies schafft die rechtliche Voraussetzung für Massendigitalisierungsprojekte von Beständen, ohne dass die Bibliotheken aufwändig die Rechte an den einzelnen Werken abklären müssen. Insbesondere können so auch die Rechte an verwaisten Werken und an Werken von Nichtmitgliedern der Verwertungsgesellschaften genutzt werden.

Damit dieses Instrument in der Praxis wirksam werden kann, ist aber erforderlich, dass Nutzerinnen und Nutzer die genauen Rahmenbedingungen direkt aushandeln können. Nur so kann die von erweiterten Kollektivlizenzen erwartete Flexibilität erreicht werden. Insbesondere ergibt die in Absatz 3 der vorgechlagenen Bestimmung vorgesehene Genehmigung durch die Schiedskommission keinen Sinn, da es sich ja ausnahmslos um zwischen den betroffenen

Parteien einvernehmlich festgelegte Lizenzvereinbarungen handelt. Es könnte also gar niemanden geben, der sich im Tarifverfahren gegen eine Genehmigung aussprechen könnte.

Die ETH Zürich schlägt daher vor, die Bestimmung ins Gesetz zu übernehmen, Absatz 3 aber ersatzlos zu streichen.

5. Bundesgesetz vom 26. Juni 1998 über die Archivierung, Art. 9 Abs. 3

Die ETH Zürich begrüsst die Anpassung empfiehlt aber dringend eine Ausweitung des Artikel auf die Archive der autonomen Anstalten des Bundes.

Mit einer Generalvollmacht löst das Bundesarchiv das Problem, wie urheberrechtlich geschützte Werke im Archivgut des Bundes, z.B. Briefe Privater an Verwaltungsstellen, digitalisiert und online gestellt werden können. Das Problem tritt auch im Hochschularchiv der ETH Zürich auf. Empfohlen wird daher die Ausweitung des Artikels auf die Archive der autonomen Anstalten des Bundes:

Das Bundesarchiv und die selbständig archivierenden Stellen des Bundes dürfen Unterlagen, die sich im Archivgut des Bundes befinden und an denen Urheberrechte Dritter bestehen, vervielfältigen, verbreiten und mit irgendwelchen Mitteln so zugänglich machen, dass Personen von Orten und Zeiten ihrer Wahl dazu Zugang haben.

5. Zweitveröffentlichungsrecht

Die ETH Zürich unterstützt die Forderung zahlreicher wissenschaftlicher Förderorganisationen, darunter auch des Schweizerischen Nationalfonds SNF, nach Schaffung eines Zweitveröffentlichungsrechts für Autorinnen und Autoren wissenschaftlicher Werke. Dieses soll ermöglichen, dass wissenschaftliche Publikationen, insbesondere solche, welche durch finanzielle Unterstützung aus öffentlichen Mitteln ermöglicht wurden, auf den Webseiten der Autorinnen und Autoren wie auch in den Repositorien der betreffenden Forschungsinstitutionen zugänglich gemacht werden. Dieses Zweitveröffentlichungsrecht würde es erlauben, die Open-Access-Strategie vieler Universitäten und Hochschulen zumindest für schweizerische wissenschaftliche Werke nachhaltig umzusetzen.

Da sich diese Forderung fast ausschliesslich auf Literatur, in der Terminologie des URG also auf „wissenschaftliche Sprachwerke“ bezieht, schlagen wir vor, eine entsprechende Regelung nicht ins URG, sondern in den Titel über den Verlagsvertrag im OR einzufügen. Dabei muss aber sichergestellt werden, dass die Regelung nicht über die Abtretung des Rechts oder über die Unterstellung des Vertrags unter ausländisches Recht umgangen werden kann. Deshalb schlagen wir vor, die Bestimmung zwingend auszugestalten, so dass sie über Art. 18 IPRG in jedem Falle anwendbar bleibt.

Die ETH Zürich schlägt daher die folgende Ergänzung von Art. 382 OR vor:

Art. 382 II. Verfügung des Verlaggebers

¹(unverändert)

²(unverändert)

³(unverändert)

⁴Wissenschaftliche Sprachwerke darf der Verlaggeber nach Ablauf von sechs Monaten nach dem vollständigen Erscheinen des Werks weiter veröffentlichen und insbesondere so zugänglich machen, dass Personen von Orten und zu Zeiten ihrer Wahl dazu Zugang haben; der Verlaggeber kann diese Verfügungsbefugnis weder übertragen noch zum Voraus darauf verzichten.“